

Informationen zur Datenverarbeitung nach Artikel 13,14 der EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) im Zusammenhang mit dem Antrag auf eine öffentlich-rechtliche Namensänderung

1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Stadt Ellwangen
Spitalstraße 4
73479 Ellwangen
E-Mail-Adresse: info@ellwangen.de
Telefon: 07961 / 84-0

2. Kontaktdaten des/der behördlichen Datenschutzbeauftragten

E-Mail-Adresse: datenschutz@ellwangen.de
Telefon: 07961 / 84-292

3. Art der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Aufgrund des Antrages auf eine öffentlich-rechtliche Namensänderung verarbeiten wir personenbezogene Daten des Antragstellers, evtl. des Ehepartners, der Kinder sowie von Anzuhörenden/ Beteiligten wie folgt: bisheriger Name, gewünschter Name, Angaben in der Antragsbegründung, Geburtsdatum, Anschrift, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Nachweise nach §§ 17, 18 der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndVwV).

4. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Die Daten werden für die Bearbeitung von öffentlich-rechtlichen Namensänderungsanträgen verarbeitet. Die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) DSGVO in Verbindung mit §§ 3, 11 des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndG) sowie § 3 der Ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (FamNamÄndGDV 1).

5. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten werden an das Geburtenregister weitergegeben. Die Weitergabe der Daten erfolgt nur zu den oben genannten Zwecken.

6. Dauer der Speicherung

Die Daten werden bei der Stadt Ellwangen so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist. Die Daten werden im Geburtenregister gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 2 Personenstandsgesetz (PStG) 110 Jahre lang gespeichert.

7. Pflicht zur Angabe der Daten

Werden die angeforderten Daten nicht oder nicht vollständig angegeben, kann der Antrag nicht bearbeitet werden.

8. Betroffenenrechte

Die von einer Datenverarbeitung betroffenen Personen haben das Recht auf Auskunft über die Verarbeitung (Art. 15 DSGVO), auf die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), auf die Löschung der Daten (Art. 17 DSGVO) und auf die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sie können verlangen, die bereitgestellten personenbezogenen Daten gemäß Art. 20 DSGVO zu erhalten oder zu übermitteln. Sie können nach Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen. Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe besteht das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Heilbronner Straße 35, 70191 Stuttgart, Tel.: 0711/61 55 41 0, E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de).